

Forschungsinstitut der Friedrich-Ebert-Stiftung  
Abteilung Wirtschaftspolitik

Reihe: "WIRTSCHAFTSPOLITISCHE DISKURSE"

Nr. 10

"Zur Zukunft der Landwirtschaft in Brandenburg"

Eine Tagung  
der Friedrich-Ebert-Stiftung und des Vereins  
für politische Bildung und soziale Demokratie  
vom 28. bis 30. September 1990  
in Marxwalde

## Inhaltsverzeichnis

1. Die Agrarindustrie in der ehemaligen DDR - unproduktiv und teuer.....	2
2. Die Lage in Brandenburg .....	5
3. Die Landwirtschaftliche Produktionsgenossenschaft - die Keimzelle der sozialistischen Agrar-Planwirtschaft.....	7
a) Wahrnehmung kommunaler Aufgaben.....	9
b) Organisationsform.....	9
c) Sozialistische Spitzenverdiener .....	10
4. Zur Situation der Landwirtschaft im Einheitsjahr 1990.....	12
5. Die Entschuldungs- und Eigentumsfrage.....	17
6. Betriebsgröße und Organisationsstruktur.....	21
7. Eine praktikable Lösung Gruppenlandwirtschaften .....	24
8. Die großen Flächen als Wettbewerbsvorteil.....	26
9. Neue ökologische Produktionsstrukturen und -verfahren 28	
10. Die agrarsoziale Frage.....	30
11. Information und Beratung als Sofortmaßnahme.....	32
Literatur.....	34
Referenten der Tagung "Zur Zukunft der Landwirtschaftspolitik in Brandenburg".....	35

Herausgegeben vom  
Forschungsinstitut der Friedrich-Ebert-Stiftung  
Abt. Wirtschaftspolitik  
Godesberger Allee, 5300 Bonn 2  
Dezember 1990  
ISBN 3-926132-51-5

## **Vorbemerkung**

Die Neuorganisation und Umstrukturierung des landwirtschaftlichen Sektors der ehemaligen Deutschen Demokratischen Republik stellt eine der größten Herausforderungen dar, der sich Politik und Wirtschaft im kommenden Jahr zu stellen haben. Der bürokratisierte und unproduktive Agrarindustrialismus muß in ein marktgerechtes, effizientes und ökologisch orientiertes System umgewandelt werden. Dieser Umbau ist mit enormen Problemen verbunden: bis zum Jahresende 1991 müssen die landwirtschaftlichen Produktionsgenossenschaften, frühere Keimzellen des Agrarindustrialismus, entflochten bzw. in neue Betriebsformen überführt werden. Experten schätzen, daß dieser Prozeß mit einer Konkurswelle und Massenarbeitslosigkeit einhergehen wird.

Die Friedrich-Ebert-Stiftung legt mit dieser Broschüre eine systematische Darstellung der Problembereiche, die mit der Neuorganisation des Agrarsektors einhergehen, vor. Mögliche und gangbare Lösungsschritte, wie z.B. die Etablierung von Gruppenlandwirtschaften oder die Umstellung auf biologisch-dynamischen Landbau, werden aufgezeichnet.

Basis des Textes ist die Tagung "Zur Zukunft der Landwirtschaftspolitik in Brandenburg", die von Christa Müller organisiert wurde und vom 28. bis 30. September 1990 auf Schloß Neuhardenberg in Marxwalde stattgefunden hat. Eine weitere Quelle ist das Tonbandprotokoll der agrarpolitischen Konferenz der SPD-Bundestagsfraktion vom 5. Oktober 1990 in Klein Wanzleben bei Magdeburg. Schließlich ist noch auf eine ganze Reihe von Expertengesprächen, die von der Verfasserin des Textes, Frau Marie-Luise Weinberger, geführt wurden, zu verweisen. Hier gebührt insbesondere den beiden Abteilungsleitern im brandenburgischen Landwirtschaftsministerium, Herrn Dr. Grütte und Herrn Dr. Pfeiffer, und dem freiberuflichen Agrarberater Dr. Andreas Kurjo Dank.

Bonn, Dezember 1990

Dr. Jochem Langkau

## 1. Die Agrarindustrie in der ehemaligen DDR -unproduktiv und teuer

Landwirtschaft im klassischen Sinne, also die bäuerliche Bearbeitung von Land, ist auf dem Gebiet der ehemaligen DDR nicht betrieben worden. Im Auftrag der sozialistischen Planbürokratie wurde Natur chemisch-industriell bearbeitet. Dieser **Agrarindustrialismus** hatte vor allem zwei Aufgaben zu erfüllen:

1. die Gewährleistung der Autarkie des ersten Arbeiter- und Bauernstaates auf deutschem Boden
2. die Versorgung der Bevölkerung mit billigen Grundnahrungsmitteln. Das SED-Regime hatte den erklärten Willen, die Preise für Lebensmittel auf dem niedrigen Niveau des Jahres 1945 einzufrieren. Um dieses Ziel auch fünfundvierzig Jahre später noch politisch realisieren zu können, wurden jährlich 32 Milliarden Mark der DDR an Subventionen gewährt.

Organisatorische Keimzelle des Agrarindustrialismus war die landwirtschaftliche Produktionsgenossenschaft, ein überdimensionierter und bürokratisierter Großbetrieb mit getrennter Tier- und Pflanzenproduktion. Ein Beispiel zur Verdeutlichung: Die Stallungen mit 3.000 Kühen und 11.000 Schweinen einer 5000 Hektar großen landwirtschaftlichen Genossenschaft befanden sich im Ort A; das benötigte Futter wurde im Ort B eingefahren und mit viel Aufwand über 200 Kilometer nach A transportiert. Die Plan-Bürokraten von Ort C gingen da professioneller ans Handwerk; sie mästeten die über 60.000 Hühner von Anfang an mit Kunstfutter.

**Am besten läßt sich der Agrarindustrialismus mit einer Fabrik vergleichen, in die Mittel für einen Daimler-Benz investiert wurden, der Trabant aber das Produktionsergebnis war.**

Mit der administrativen Einheit Deutschlands ist auch der Umbau des bürokratisierten Agrarindustrialismus in marktgerechte Formen unumgänglich geworden. Die landwirtschaftlichen Produktionsgenossenschaften müssen zum 31. 12. 1991 aufgelöst werden; über 2/3 der dort beschäftigten

Menschen droht Arbeitslosigkeit. Eine marktgerechte und wettbewerbsfähige Produktpalette muß entwickelt und die Produktion an die EG-Richtlinien angepaßt werden.

Um die Dimensionen und Probleme zu veranschaulichen, mit denen der Umstrukturierungs- und Neuorganisationsprozeß des Agrarsektors einhergeht, erweist sich ein statistischer Zahlenvergleich von großer Hilfe. Quantitativ war die real existierende Deutsche Demokratische Republik ihrem ehemaligen Klassenfeind Bundesrepublik Deutschland in allen volkswirtschaftlichen Bewertungsgrößen meilenweit überlegen. Der Anteil des Agrarsektors am Bruttosozialprodukt betrug 7,4%, die Bundesrepublik brachte es dagegen nur auf magere zweieinhalb Prozent. Pro Hektar Land waren 13 Arbeitskräfte tätig (BRD 5); insgesamt arbeiteten über 800.000 Beschäftigte im Bereich der agrarindustriellen Produktion. Auch die statistisch ausgewiesenen Stückzahlen zeugen auf den ersten Blick von großer Leistungsfähigkeit: die Kartoffelproduktion war acht mal, die Schafhaltung sieben mal, die Geflügelhaltung zweieinhalb mal, die Schweinehaltung zwei mal und die Rinderhaltung eineinhalb mal so hoch wie in der Bundesrepublik. Dieses Verhältnis setzt sich in den Kosten fort; für die Tierproduktion wurde das Doppelte wie im Westen ausgegeben; bei der Pflanzenproduktion waren es immerhin noch 50% mehr. Die DDR-Agrarflächen führen mit circa durchschnittlich 5.000 Hektar Größe unangefochten die Weltangliste an. Der bundesrepublikanische Durchschnitt von 18 Hektar pro Betrieb wirkt im Vergleich dagegen geradezu lächerlich klein.

Doch die Zahlen täuschen. Von einem leistungsfähigen Agrarsektor konnte nicht die Rede sein: **Die Produktivität der Landwirtschaft war nur halb so groß wie die der Bundesrepublik; obwohl in gerade überdimensionaler Art und Weise Arbeitskräfte und Kapital eingesetzt wurden.**

Überdimensional war auch die chemische Bearbeitung der Böden: ein Drittel mehr Kali als im Westen und 160% mehr Kalk. Agrarflug, ein Tochterunternehmen der Interflug, sorgte dafür, daß das Land in regelmäßiger Dauerhaftigkeit mit Pestiziden und Herbiziden behandelt wurde.

Das Institut für Bodenforschung hat jüngst festgestellt, daß durch Verdichtung und Erosion, "als Nebenwirkung der Intensivierung der landwirtschaftlichen Produktion mindestens 2,5 Mill. Hektar Land künftig nicht mehr bewirtschaftet werden können". Insgesamt, so mutmaßt das Institut weiter, sind drei Viertel der landwirtschaftlich genutzten Flächen in den neuen Bundesländern überdurchschnittlich mit vielerlei Schadstoffen belastet.

Als ökologischer und ökonomischer Fehlschlag ersten Ranges erwies sich auch die praktizierte Trennung der Tier- von der Pflanzenhaltung. Starker Medikamenteneinsatz und das Entstehen von pflanzlichen Monokulturen waren die Folge.<sup>1</sup>

<sup>1</sup> Ein Hinweis zur Methodik; die im Text benutzten Zahlen basieren insbesondere auf den Ausführungen und Referaten der Tagung der Friedrich-Ebert-Stiftung zum Thema "Zur Zukunft der Landwirtschaft in Brandenburg", die vom 28. bis 30. September auf Schloß Neu-Hardenberg in Marxwalde stattgefunden hat. Eine weitere Fundquelle ist das Protokoll der Agrarpolitischen Konferenz der SPD-Bundestagsfraktion vom 5. Oktober in Klein-Wanzleben bei Magdeburg.

## 2. Die Lage in Brandenburg

Verlässliche Daten oder gar Regionalanalysen gibt es für das Land Brandenburg, das aus den ehemaligen Bezirken Potsdam, Cottbus, Frankfurt/Oder und Brandenburg gebildet wurde, nicht. **Das neue Bundesland zeichnet sich sowohl durch geringe Bevölkerungsdichte als auch niedrigen Industrialisierungsgrad aus.** Nur drei industrielle Großprojekte sind in Brandenburg behelmatet. Im Bezirk Cottbus findet sich das gesamte Lausitzer Braunkohlegebiet; das legendäre Kombinat Eisenhüttenstadt liegt ebenso wie das nunmehr größte deutsche Chemiewerk Schwedt im Bezirk Frankfurt/Oder.

60 % der Fläche Brandenburgs, dessen Naturschönheiten bereits Theodor Fontane in seinen "Wanderungen" anschaulich beschrieben hat, besteht aus unfruchtbaren, sandigen Böden; das Spree- und Havelgebiet zeichnet sich durch Mooregebiete und Niederungen aus. Der Zustand der Havel wird von Fachleuten bis Potsdam als noch befriedigend bezeichnet; im Oberlauf dagegen ist der Verschmutzungsgrad erschreckend: der Benzolgehalt liegt um das 180-fache, der an Chlorbenzol und Phosphaten um das achtfache über den in Berlin geltenden Höchstwerten. Besorgniserregend ist auch die Qualität des Grundwassers, das insbesondere durch die jährlich 8 Millionen Tonnen Gülle, die auf 390.000 Hektar ausgebracht wurden, in arge Mitleidenschaft gezogen wird. Der Großraum Berlin gilt als Sorgenkind in Sachen Umweltverschmutzung - im Sommer dauerhaft durch Ozon, im Winter durch Schwefeldioxid belastet.

Das Produktivitätsniveau der Brandenburger Landwirtschaft ist um die Hälfte bis drei Viertel niedriger als das seines Patenlandes Nordrhein-Westfalen. Dieser Umstand resultiert vor allem aus der Tatsache, daß auch die magersten und unfruchtbarsten Böden mit Getreide und Hackfrüchten aller Art bewirtschaftet wurden. In der Bundesrepublik gibt ein Hektar 64,3 Tonnen Weizen her, in Brandenburg werden auf gleicher Fläche nur 36 Tonnen geerntet.

Zur organisatorischen Struktur des Agrarsektors: circa 180.000 Beschäftigte fanden Arbeit und Brot in den rund eintausend landwirtschaftlichen Produktionsgenossenschaften, von denen 1/3 in der Pflanzen- und 2/3 in der Tierproduktion tätig waren. Seit 1988 ist der Arbeitskräftebestand um 10 bis 20 % abgebaut worden. Die Wirtschafts- und Währungsunion und das Gesetz zur Entflechtung der landwirtschaftlichen Produktionsgenossenschaften stellen einen noch drastischeren Einschnitt dar: über 100.000 Beschäftigte werden aller Voraussicht in den Jahren 1990/91 ihren Arbeitsplatz verlieren.<sup>2</sup> In Brandenburg soll künftig nur noch ein Beschäftigter statt bisher vier auf einem Hektar Fläche arbeiten.

Nachfolgend einige Angaben über die Organisation und Wirtschaftsweise der landwirtschaftlichen Produktions-genossenschaften.

### 3. Die Landwirtschaftliche Produktionsgenossenschaft - die Keimzelle der sozialistischen Agrar-Planwirtschaft

Im Rahmen der Bodenreform Ende der vierziger Jahre und der damit verbundenen Enteignung der ehemaligen junkerlichen Großgrundbesitzer erhielt jeder Bauer 7 Hektar Land zur eigenen Bewirtschaftung. Doch diese Privatisierung mußte bald einer **ideologischen Umorientierung der Agrarpolitik nach sowjetischem Vorbild weichen: große Zwangskollektive - genannt landwirtschaftliche Produktionsgenossenschaften, die per Erlaß gemeinsam wirtschaften und produzieren mußten - waren organisatorisches Kernelement des einseitig ideologisch orientierten sozialistischen Agrarindustrialismus**. In den fünfziger und sechziger Jahren gab es Genossenschaften vom Typus I,II und III, die sich durch unterschiedliche Betriebsgrößen und noch gemeinsamer Tier- und Pflanzenhaltung auszeichneten. Die Betriebe wurden weiter zentralisiert, fusioniert und die Tier- und Pflanzenproduktion getrennt. Am Ende - Stand 1989 - gab es:

- 1.155 landwirtschaftliche Produktionsgemeinschaften im Bereich der Pflanzenproduktion mit durchschnittlich 240 Arbeitskräften und 4.800 Hektar Land
- 2. 723 landwirtschaftliche Produktionsgenossenschaften mit der Aufgabe der Tierproduktion und einem statistischen Durchschnitt von 110 Arbeitskräften und 1.500 Großvieheinheiten. Die Krönung dieser Betriebsform waren 'Kombinate zur industriellen Mast'. In der Rindermastanlage Ferdinandshof standen 160.000 Rinder. Der VEB Eberswalde lieferte jedes Jahr 28.000 Tonnen Schweinefleisch, das von 190.000 'Borstenvieh- Einheiten', die in vier Stallungen mit Chemie und eigener Gülle gemästet wurden, produziert wurde.
- daneben gab es 398 volkseigene Güter (VEG), die eine Fläche von 445.000 Hektar bewirtschafteten und eine Schlüsselfunktion für die staatliche Kontrolle der Landwirtschaft besaßen. Diese hochspezia-

<sup>2</sup> Diese Angaben aus: Berliner Bank, " Die Situation der Landwirtschaft in der Region Berlin- Brandenburg " Unternehmer- Report Nr. 2, Stand Juni 1990, S. 11. Vgl. auch das Referat von Dr. Manfred Wille auf der Tagung " Zur Zukunft der Landwirtschaftspolitik in Brandenburg "

lisierten Güter besaßen das Monopol für Züchtung, Saatgutvermehrung und den Aufbau von Spezialkulturen.<sup>3</sup>

Neben volkseigenen Gütern und landwirtschaftlichen Produktionsgenossenschaften existierten in der ehemaligen Deutschen Demokratischen Republik rund 3.000 privat betriebene Bauernhöfe, die "sich meistens auf Spezialkulturen konzentriert hatten oder durch Ihre verkehrstechnisch ungünstige Lage für die Einbeziehung in eine LPG nicht in Frage kamen."<sup>4</sup> Auch die evangelische Kirche betätigte sich auf dem Landwirtschaftssektor; in eigener Regle wurden 170.000 Hektar Land und 80.000 Hektar Wald bewirtschaftet.

**Marktmechanismen waren diesen genossenschaftlich organisierten Agrarbürokraten fremd.** Die Produktion orientierte sich nicht an natürlichen Standortvorteilen und betriebswirtschaftlichen Erfordernissen, sondern an politischen Vorgaben. Wenn der Rat des Kreises beschloß, auf einer für Weizenproduktion völlig ungeeigneten Fläche Weizen zu produzieren, wurde Weizen produziert. Ein DDR-Binnen-Agrarmarkt existierte nicht, selbst die Bezirke und Kreise durften untereinander keinen Handel treiben. Eigenbetriebliche Innovation und Vermarktung waren Fremdwörter. In der Studie "Zur gegenwärtigen Entwicklung der Land- und Ernährungswirtschaft der DDR" kommt Dr. Andreas Kurjo zum Schluß: "Die Landwirtschaft der DDR besaß neben den staatlichen Abnehmern keine Handelsgenossenschaften, wie sie z. B. westliche Länder in der Form der Raiffeisengenossenschaften haben....Überlegungen und Ansätze zu eigenen Vermarktungsorganisationen entstanden, bildeten sich jedoch inzwischen nur zaghaft, sowohl regional wie produktbezogen."<sup>5</sup> Diese Beobachtung deckt sich mit Aussagen von Teilnehmern der Tagung "Landwirtschaftspolitik in Brandenburg": die beklagten sich über fehlendes

<sup>3</sup> Expertise der SPD-Bundestagsfraktion "Landwirtschaft in der DDR" vom 2. 3. 1990.

<sup>4</sup> Berliner Bank, a. a. O., S. 12

<sup>5</sup> Zitat aus: Forschungsstelle für gesamtdeutsche wirtschaftliche und soziale Fragen, Dr. Andreas Kurjo "Zur gegenwärtigen Entwicklung der Land- und Ernährungs-wissenschaft der DDR", September 1990, S. 15 künftlich zitiert als Kurjo, Andreas.

Wissen über Strategien, wie man die Produkte auf den Markt und somit an den Mann bringt.

#### a) Wahrnehmung kommunaler Aufgaben

Neben der primären Aufgabe, der Produktion von Agrargütern, mußten die landwirtschaftlichen Produktionsgenossenschaften eine Reihe von infrastrukturellen Aufgaben wahrnehmen: in eigener Regle wurden Kulturhäuser, Bäckereien, Krankenhäuser, Gaststätten, Freizeithelme und Jugendclubs betrieben. Die Brigaden betätigten sich auch als "Unternehmer": Straßen wurden gebaut, Wasserleitungen gelegt, Fahrzeuge repariert. Rund 16 Mrd. an Subventionen sind jährlich aus dem Staatshaushalt zur Aufrechterhaltung dieser Infra-Strukturmaßnahmen an die Genossenschaften geflossen.

Die LPG's waren ausschließlich mit veralteter RGW-Technik ausgestattet; im Jahre 1985 galten 63% der eingesetzten Maschinen bereits als nicht mehr brauchbar. Die Landwirtschaftsmaschinen mit dem hohen Energieverbrauch waren für den Einsatz auf den großen Flächen konstruiert; außer den Mähdeschern entsprachen sie nicht dem geltenden internationalen Standard. Chronischer Ersatzteilmangel beherrschte das Bild. Auch hier wieder ein interessanter Fakt im Vergleich zur alten Bundesrepublik: pro Hektar Land wurden 15% mehr Maschinen eingesetzt.

#### b) Organisationsform

Gesetzliche Grundlage für das Betreiben einer landwirtschaftlichen Produktionsgenossenschaft ist das derzeit gültige LPG-Gesetz vom 6. März 1990. Die Betriebe besitzen gemäß § 21 das umfassende und andauernde

Nutzungsrecht am Boden, der aber nach § 19 im Eigentum seiner bisherigen Besitzer bleibt. Als Eigentümer zeichnen in den allermeisten Fällen nach wie vor die ehemaligen Einzelbauern und der Staat. Den LPG's war es gesetzlich gestattet, das Nutzungsrecht an andere Träger weiterzugeben.

Zur Organisationsstruktur: der Vorstand ( 15 Mitglieder ) hat de jure beschließende, de facto aber beratende Funktion. Die alleinige Entscheidungsgewalt lag beim übermächtigen Vorsitzenden; dieser führte die Geschäfte der LPG nach innen und außen. Wichtige Entscheidungen wurden von einer Mitgliederversammlung gefällt. Dem Vorsitzenden unterstanden die Leiter der sogenannten Stabsorgane ( Produktionsleiter, Hauptbuchhalter, Personalleiter und Arbeitsschutzinspektor) sowie die verschiedenen Instandhaltungs-, Bau- und Buchhaltungsabteilungen.<sup>6</sup>

Mit der Einführung der Wirtschafts- und Währungsunion sind die landwirtschaftlichen Produktionsgenossenschaften gezwungen, das Gesellschaftsrecht der Bundesrepublik zu übernehmen und sich in eine eingetragene Genossenschaft ( eG ) oder mehrere GmbHs umzuwandeln. Die Umstrukturierung ist voll im Gange. Vorsichtige Schätzungen gehen davon aus, daß sich zum Jahresende 1990 die Hälfte der bestehenden LPG's aufgelöst haben.

### c) Sozialistische Spitzenverdiener

Ausgerechnet der erste Arbeiter- und Bauernstaat auf deutschem Boden hat es geschafft, den Stand und die Existenz des traditionellen Bauern abzusichern. Der im DDR-Agrarsektor Beschäftigte war ein spezialisierte (Fach)arbeiter - wie Futterökonom, Traktorist oder Melker - mit geregelter Arbeitszeit.

<sup>6</sup> Berliner Bank, a. a. O., S. 15 ff.

Die Mitglieder einer landwirtschaftliche Produktionsgenossenschaft zählten zu den **Spitzenverdienern der ehemaligen DDR. Das Durchschnittseinkommen betrug monatlich in der Regel rund 1000.-Mark und war steuerfrei.** Ein halber Hektar Land konnte in Eigenverantwortung genutzt werden; die hier erwirtschafteten Nebeneinkünfte lagen jährlich pro Familie zwischen fünfzehn- und fünfundvierzigtausend Mark.

Grundsätzlich wurden einer LPG jedes Jahr pro beschäftigter Arbeitskraft 12.000 Mark vom Staat pauschal zur Verfügung gestellt. Um in den Genuß dieser Tantieme zu kommen, stellten viele Genossenschaften möglichst viele Arbeiter - darunter auch Arbeitsuntaugliche und Kranke - ein. Diesen "Schein-Mitarbeitern" gewährte man ein Jahreseinkommen von 8000.- Mark; die restlichen 4.000.- wurden als Prämien an die anderen LPG-Mitglieder verteilt.<sup>7</sup> **Die staatliche Lohngarantie und der fehlende Marktmechanismus führten dazu, daß es in den allermeisten Genossenschaften eine chronische Überbeschäftigung gab.**

<sup>7</sup> vgl. Cordt Schnibben : " Die Nächte von Paris " in: Der Spiegel, Nr. 30/ 1990, S. 71.



#### 4. Zur Situation der Landwirtschaft im Einheitsjahr 1990

Bis zur Volkskammerwahl am 18. März des Jahres 1990 drehte sich die Diskussion in der ehemaligen DDR um die Wieder-Zusammenlegung der Pflanzen- und Tierproduktion in den Genossenschaften. In praxi wurden von den LPG's in einer Art Selbsthilfe eigenverantwortlich erste zaghafte Schritte in diese Richtung unternommen.

**Mit der Einführung der Wirtschafts- und Währungsunion geriet die Landwirtschaft in eine tiefe Existenzkrise.** Neueste Zahlen sprechen von Einkommensverlusten in der Höhe von 10 Milliarden Mark und einer Reduzierung des Lohnes auf durchschnittlich 500,- Mark im Monat. Im Juli 1989 konnte eine landwirtschaftliche Produktionsgenossenschaft 2.200 Mark pro Hektar an Gewinnen verbuchen, im Vergleichsmonat 1990 wurden auf gleicher Fläche 1.800 bis 2.000 DM an Verlusten erwirtschaftet.<sup>8</sup> Zudem wurde das Vermögen der Betriebe mit der Einführung der DM halbiert.

Mit Datum des ersten Juli 1990 ist der Binnenmarkt für ehemalige DDR-Erzeugnisse total zusammengebrochen. Die Bilder von protestierenden Bauern vor der Volkskammer und am Alexanderplatz, die ihre eigenerwirtschafteten Produkte mutwillig zerstörten, sind noch in lebhafter Erinnerung.

Der Preisverfall für landwirtschaftliche Güter war drastisch: der Liter Milch fiel von 1,70 DM auf 55 Pfennig; der Doppelzentner Gerste von 72,- Mark auf 29,- Mark; der Verlust beim Weizen betrug 53,- DM per Doppelzentner. Einer Schätzung der SPD-Bundestagsfraktion zufolge waren im Sommer 1990 zwei Drittel der Betriebe illiquide und über 3/4 der Arbeitsplätze direkt gefährdet. Die Forderung der Sozialdemokraten: 80%-ige staatliche Bürgschaften für Investitionskredite ; völlige Entschuldung der Genossenschaften , umfassende Vorruhestands- und

<sup>8</sup> vgl. "Frankfurter Rundschau" vom 24. 11. 1990, S. 4 und Referat Dr. Anita Kühn, "Land- und Ernährungswissenschaft", gehalten am 22. November 1990 auf dem 16. Symposium der Forschungsstelle für gesamtdeutsche wirtschaftliche und soziale Fragen in Berlin.

Umschulungsregelungen für ausscheidungswillige, ältere Beschäftigte sowie die Gründung von Landesentwicklungs-gesellschaften, die planerische Aufgaben wahrnehmen sollten.<sup>9</sup>

Das Bundesministerium für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten reagierte verspätet auf die Anpassungskrise und gewährte präventiv **"Anpassungshilfen gegen Liquiditäts-schwierigkeiten" in Höhe von 2,285 Milliarden DM** für das laufende Haushaltsjahr. Dieses Feuerwehprogramm gliedert sich in:<sup>10</sup>

- Hilfen zur Überbrückung des Preisbruchs	800 Mio. DM
- Standortbezogene Zuschläge	200 Mio. DM
- Hilfen zur Sicherung der Zahlungsfähigkeit	1.145 Mio. DM
- Anpassungshilfen für VEG	140 Mio. DM

Gleichzeitig stellte das Bundeslandwirtschaftsministerium in Aussicht, die "Umstrukturierungsinvestitionen von landwirtschaftlichen Unternehmen in Form juristischer Personen, also auch von landwirtschaftlichen Produktionsgenossenschaften, pro betriebsnotwendiger Vollarbeitskraft mit bis zu 143.000 DM, höchstens jedoch 2,5 Millionen DM je Unternehmen zu fördern."<sup>11</sup> Der aus den Agrarministern von Bund und Ländern bestehende Planungsausschuß für die Gemeinschaftsaufgabe "Verbesserung der Agrarstruktur und des Küstenschutzes" hat auf Drängen der christdemokratischen Agrarminister der neuen Länder die Gewährung dieser Umstrukturierungsförderung erst einmal vertagt. Am 21. Januar 1991 soll auf einer Sitzung über das Schicksal der Förderungsmaßnahmen in Höhe

<sup>9</sup> Presseservice der SPD vom 14. September 1990.

<sup>10</sup> Der Bundesminister für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten: Agrarpolitische Mitteilungen vom 5. Oktober 1990, Nr. 7/90, S. 4.

<sup>11</sup> Süddeutsche Zeitung vom 30. 11. 1990., S.33

von 1 Milliarde DM entschieden werden. Das Brandenburgische Landwirtschaftsministerium hat sich dem Standpunkt der CDU-Minister nicht angeschlossen und hielt eine Streichung der Mittel schlichtweg für eine "Katastrophe".<sup>12</sup>

Die voll in Anspruch genommenen Anpassungshilfen gegen Liquiditätsschwierigkeiten konnten den Zusammenbruch vieler landwirtschaftlicher Produktionsgenossenschaften bis zum Jahresende 1990 erst einmal verhindern. Doch sie erweisen sich im nachhinein als der berühmte Tropfen auf den heißen Stein: einer Untersuchung der Akademie der Landwirtschaft zufolge braucht die Landwirtschaft der neuen Bundesländer mindestens 11 Milliarden Mark an Übergangssubventionen, um zu überleben und wettbewerbsfähig zu werden. Die Prognosen für das erste Halbjahr 1991 sind düster: mindestens 50 bis 70% der Betriebe stehen dann vor dem endgültigen finanziellen Ruin.

Massenarbeitslosigkeit im Agrarsektor wird zwangsläufig das Resultat sein. Pessimistische Schätzungen rechnen mit einer Zahl von über einer halben Million landwirtschaftlichen Arbeitslosen auf dem Gebiet der ehemaligen DDR. In Brandenburg werden über 100.000 Beschäftigte aus der Landwirtschaft "freigesetzt", wie es im Expertendeutsch so schönfärberisch heißt. Exemplarisch sei nur auf die Städte Königs-Wusterhausen und Rathenow verwiesen: hier haben bis Ende November 80 % der Genossenschaften Konkurs anmelden müssen. Der christdemokratische Agrarminister des Landes Mecklenburg-Vorpommern geht gar davon aus, daß 80% der dort 230.000 Beschäftigten überflüssig sein werden.

Neben dem Zusammenbruch des DDR-Binnenmarktes - das legendäre Sowjetuniongeschäft brachte etwas Entlastung - geschah ein weiteres: Bundesdeutsche Handelsketten überströmten mit ihren aufwendig verpackten Lebensmittel den neuen Markt. DDR-Produkte kamen, obwohl qualitativ oft gleichrangig, in den Regalen nicht mehr zum Zuge; wurden gar in großem Maße von den Verbrauchern boykottiert. Auch auf den EG-Markt konnte nicht ausgewichen werden. Hier gilt eine Richtlinie, die den

<sup>12</sup> Süddeutsche Zeitung vom 30. 11. 1990, S.33

neuen Bundesländern künftig noch zu schaffen machen wird: "Hinsichtlich der Qualität, einschließlich der für die Pflanzen-, Tier- und öffentliche Gesundheit geltenden Standards, wird die **landwirtschaftliche Verarbeitungs-industrie der DDR in unmittelbarer Zukunft nicht in der Lage sein, allen EG-Vorschriften gerecht zu werden.** Dies aus Gründen wie der veralteten Ausrüstung der Schlachthöfe, der Bodenverseuchung und vorhandener Bestände an Saatgut. Aus diesem Grunde mußten auf diesem wichtigen Gebiet verschiedene Abweichungen vorgeschlagen werden. Von diesen Ausnahmen abgesehen, sind sie jedoch bis Ende 1992 beschränkt. Die praktische Folge der Ausnahmeregelung ist die, daß die jeweiligen **Erzeugnisse nur auf dem Gebiet der vormaligen DDR vermarktet werden dürfen.**"

Die Ereignisse, die mit der Neustrukturierung des Agrarsektors einhergingen, sind nach Meinung von Dr. Andreas Kurjo sichtbarer Ausdruck **der Kompetenzkrise der Experten**, die im Rahmen der hastig administrativ verordneten deutschen Einheit in drastischer Weise zu Tage getreten ist. "Zusammenfassend muß festgehalten werden, daß in der Bundesrepublik Deutschland

- das Wissen über die Verhältnisse der Agrar- und Ernährungswirtschaft in der DDR auf nur wenige Fachleute konzentriert ist
- diese Fachkräfte bei der Analyse und der Erarbeitung von Konzepten der Bundesregierung zur Transformation der DDR-Land- und Ernährungswissenschaft in ein marktwirtschaftliches System nicht einbezogen wurden,
- die im Bundesministerium für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten beschäftigten Beamten nahezu keine Kenntnis von der DDR-Land- und Ernährungswissenschaft hatten und deren Wissen zum Teil nur in die EG-, agrarpolitischen und -strukturellen Schemata paßten."<sup>13</sup>

<sup>13</sup> Andreas Kurjo, a. a. O., S.7.

Ähnliches verwaltungsmäßiges Versagen läßt sich für die Bürokratie der ehemaligen DDR feststellen: Marktwirtschaft und bundesdeutsche Agrargesetzgebung waren böhmische Dörfer für die dort agierenden Funktionäre. Bis zur Verwirklichung der staatlichen Einheit wurde das westdeutsche System von den Beamten in Ost-Berlin unter rein planwirtschaftlichem Gesichtspunkt wahrgenommen. Nochmals Dr. Andreas Kurjo:

"Das Ministerium für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten der DDR hat durch eine unbeschreibliche Vernachlässigung der Informationspolitik und häufig rückwirkende Bestimmungen ein Informations- und Finanzchaos bewirkt. Es scheint selbst offensichtliche Probleme nicht zu erkennen, oder sie nicht wahrhaben zu wollen, weil die Interessen der Funktionäre mehr auf Erhalt ihres Arbeitsplatzes gerichtet sind."<sup>14</sup>

Die Kompetenzkrise der Experten setzt sich in einem anderen Punkt fort: **In sich stimmige und schlüssige Konzepte zur Entflechtung der landwirtschaftlichen Produktionsgemeinschaften und zur Neuorganisation des Agrarsektors fehlen bis zum heutigen Zeitpunkt weitgehend.** Die Fachleute tasten sich weiterhin im Nebel der Realität voran. So kann nachfolgend kein Gesamtkonzept vorgestellt werden, wohl aber können die Hauptproblembereiche und praktikable Lösungsschritte aufgezeichnet werden.

---

<sup>14</sup> Andreas Kurjo, a. a. O., S.26.

## 5. Die Entschuldungs- und Eigentumsfrage

Der dringende Klärungsbedarf besteht in zwei Punkten: der Eigentums- und Entschuldungsfrage.

Wie schon erwähnt, befindet sich ein Großteil des Bodens nicht im Eigentum der Produktionsgenossenschaften, sondern im "Eigentum des Volkes". Diese Flächen sind aus der Bodenreform im Jahre 1945 hervorgegangen, mit der Besitz über 100 Hektar pauschal und entschädigungslos enteignet worden ist. Professor Dr. Jürgen Becher von der Universität Leipzig nennt interessante Zahlen über die Besitzverhältnisse auf dem ehemaligen DDR-Gebiet: 70% des Bodens befinden sich in Privateigentum und nur rund 30 Prozent sind Volkseigentum,<sup>15</sup>

Im Staatsvertrag wurde die Bodenreform formal anerkannt. Die Bundesregierung schloß sich dem Standpunkt der ehemaligen DDR-Regierung an, wonach die Bodenreform im Potsdamer Abkommen völkerrechtlich verbindlich festgelegt worden sei. Eine Reihe von Rechtswissenschaftlern weisen diesen Standpunkt zurück und argumentieren, daß die Enteignungen auf Gesetze der damals noch existierenden Länder zurückzuführen sind und nicht rechtens wären. Ein Gutachten des Instituts für Besatzungsfragen aus dem Jahre 1956, angefertigt im Auftrag des jetzt aufgelösten gesamtdeutschen Ministeriums, kommt zum Schluß, daß die Bodenreform juristisch einwandfrei durchgeführt wurde und eine Entschädigung im nachhinein nicht notwendig sei. Die letzte Entscheidung hat das Bundesverfassungsgericht, bei dem ein Verfahren zu diesen Fragen anhängig ist.

Bundeskanzler Kohl und der ehemalige DDR-Premier Lothar de Maizière haben in einem Briefwechsel festgelegt, daß das erste gesamtdeutsche

---

<sup>15</sup> vgl. hier insbesondere: Referat Prof. Dr. Jürgen Becher, "Bodeneigentum und Bodennutzung im östlichen Teil Deutschlands", gehalten am 22. November 1990 auf dem 16. Symposium der Forschungsstelle für gesamtdeutsche wirtschaftliche und soziale Fragen in Berlin.

Parlament die Problematik der Ausgleichszahlungen klären muß. Die Grundsatzfrage, ob und wie die ehemaligen Besitzer überhaupt entschädigt werden müssen, hängt vom Spruch der Karlsruher Richter ab. Falls deren Entscheidung positiv ausfällt, könnten folgende Möglichkeiten Realität werden :

1. Die ehemaligen Besitzer erhalten einen finanziellen Pauschalbetrag als Ausgleich.
2. Die Treuhand stellt den früheren Eigentümern gleichwertige Ersatzflächen zur Verfügung.

Falls das Bundesverfassungsgericht zum Schluß kommen sollte, daß eine Ausgleichszahlung rückwirkend nicht mehr notwendig sei, wäre zu diskutieren, ob den früheren Besitzern ein Vorkaufsrecht zu günstigen Konditionen eingeräumt werden könnte.

**Die ungeklärte Eigentumsfrage wirkt sich hemmend auf die Neuorganisation des Agrarsektors aus. Dringend notwendige Kredite werden von den Banken nicht genehmigt, weil die unabdingbare Sicherheit von Grund und Boden fehlt.**

Die SPD plädiert für die Gründung von staatlich kontrollierten und treuhänderisch organisierten Landesgesellschaften, in deren Eigentum das ehemalige volkseigene Vermögen übergehen soll. Diese Landesgesellschaften könnten Land zu bestimmten, günstigen Konditionen an die Betriebe abgeben und bei Krediten als Bürge auftreten.

Zur **Entschuldungsfrage**: eine generelle Entschuldung aller Genossenschaften und volkseigenen Güter ist aus rein ökonomischen Gründen - niemand kann genaue Angaben über die Höhe der Verbindlichkeiten machen - nicht praktikierbar. Das Mindestvolumen der LPG-Schulden wird auf 8 Milliarden Mark geschätzt. Im Brandenburger Landwirtschaftsministerium diskutiert man die Streichung von politischen Zwangsschulden, die den Betrieben insbesondere zur Intensivierung der Landwirtschaft und der Trennung der Tier- und Pflanzenproduktion vom

ehemaligen SED-Regime aufgebürdet worden sind. Ein Beispiel: eine landwirtschaftliche Produktionsgenossenschaft mußte per Bezirksbeschuß ein Braunkohlekraftwerk betreiben, um die Region mit Energie zu versorgen. Die Verbindlichkeiten und Kredite, die für die Etablierung und Aufrechterhaltung dieses Betriebs notwendig waren, sollten entschuldet werden. Das Gleiche gilt für den verordneten Bau einer Straße, die über das Gelände einer LPG führt. Die hierzu notwendigen Investitionen müssen - da es sich im bundesrepublikanischen Sinne um eine Infrastrukturmaßnahme handelt - rückwirkend übernommen werden. Und: um die angespannte Finanzlage vieler landwirtschaftlicher Produktionsgenossenschaften durch zu hohe Kapitalkosten (Zinsen und Tilgung) nicht noch weiter zu verschlimmern, müssen von der Treuhand entsprechende Mittel bereitgestellt werden. **Als Verfahrensweise muß gelten: Die Schuldenfrage kann nicht generell, sondern nur im konkreten Fall des jeweiligen Einzelbetriebes gelöst werden.**

Auch ein anderes Phänomen wird sichtbar. Die Mitgliederversammlungen der Genossenschaften sperren sich gegen die dringend notwendigen Modernisierungs- und Entflechtungsmaßnahmen. Die Betroffenen verweigern - aus verständlicher Angst vor Arbeitslosigkeit - die Zustimmung zu überlebensnotwendigen Rationalisierungen und Entlassungen. In manchen Fällen verläuft die Entwicklung gar kontraproduktiv: trotz dem Schreiben von roten Zahlen werden die Löhne drastisch erhöht, um wenigstens materiell in der Zukunft bestehen zu können.

Ein weiteres Problem ist die **Aufteilung des Besitzvermögens der landwirtschaftlichen Produktionsgenossenschaften**. Hier gibt es eine Reihe von ungeklärten Fragen: wem gehören die Gebäude und die Maschinen? Dr. Jochen Pfeiffer, ein ehemaliger Mitarbeiter von Staatssekretär Prof. Kauffold im Agrarministerium der DDR und jetzt Abteilungsleiter im brandenburgischem Landwirtschaftsministerium hat einen Vorschlag zum Thema 'Vermögensaufteilung und Übertragung in mögliche Folgebetriebe' gemacht. In vielen Betrieben ist das Besitzvermögen bereits geschätzt worden. Davon sind nach Art. 44 des Anpassungsgesetzes das Inventarvermögen, die Kredite und die

Vermögensausgleichszahlung abzuziehen. Der Rest wird in der Bilanzanalyse als Eigenkapital ausgewiesen. Das Eigenkapital soll durch die "Summe aller Arbeitsjahre, die alle zur Zeit physisch anwesenden LPG-Mitglieder in ihre LPG investiert haben" geteilt werden.<sup>16</sup> Diesen Koeffizienten, den Pfeiffer "Anspruch auf ein Arbeitsjahr" nennt, multipliziert man mit den jeweiligen Tätigkeitsjahren einer Person, um so zu den individuellen Vermögensansprüchen des Einzelnen gegenüber der Genossenschaft zu gelangen. Was passiert mit diesen Ansprüchen? Dr. Pfeiffer hierzu: "Auszahlen ist schlichtweg undenkbar. Die meisten Betriebe sind nicht einmal in der Lage, die monatlichen Löhne pünktlich zu bezahlen. Folglich geht nur der Weg der Übertragung ins Eigenkapital der neuen eG oder GmbH. Diejenigen, die kein Interesse mehr an einer aktiven Mitarbeit im neuem Betrieb haben, können ihre Anteile in der Form von Fremdkapital als eine Art von Darlehen zur Verfügung zu stellen, das später aus erwirtschafteten Gewinnen zurückerstattet wird."<sup>17</sup>

<sup>16</sup> Tonbandprotokoll der Agrarpolitischen Konferenz der SPD-Bundestagsfraktion am 5. Oktober 1990 in Klein-Wanzleben, S. 62

<sup>17</sup> vgl. Tonbandprotokoll der Agrarpolitischen Konferenz der SPD-Bundestagsfraktion am 5. Oktober 1990 in Klein-Wanzleben, S. 53.

## 6. Betriebsgröße und Organisationsstruktur

Auf der agrarpolitischen Konferenz der SPD-Bundestagsfraktion herrschte Einstimmigkeit, daß in der Frage der **künftigen Organisationsformen der Betriebe ideologische Verbortheit fehl am Platze ist und Pragmatismus das Gebot der Stunde sei**. Pragmatismus allerdings sollte nicht mit Konzeptionslosigkeit verwechselt werden. Ein pluralistisches Nebeneinander von einzelbäuerlichen Existenzen, Gruppenlandwirtschaften nach französischem Vorbild, privaten Großbetrieben und öffentlich bewirtschafteten Gütern ist erklärtes Ziel einer innovativen sozialdemokratischen Landwirtschaftspolitik.

### Wenig ökonomische Chancen für den bäuerlichen Familienbetrieb in den neuen Bundesländern

Der Bauernverband und Bundeslandwirtschaftsminister Kiechle favorisieren die Gründung von bäuerlichen Familienbetrieben und Einzelexistenzen auf dem Gebiet der ehemaligen Deutschen Demokratischen Republik. Dieses Vorhaben entspringt nicht zweckökonomischem Denken, sondern dient dem Schutz der eigenen kleinbäuerlichen Klientel in den alten Bundesländern, die durch effiziente und größere landwirtschaftliche Betriebe in eine existenzbedrohende Konkurrenzsituation geraten würden. Der brandenburgische Ministerpräsident Manfred Stolpe führte in seiner Regierungserklärung aus: "Die Förderung der Landwirtschaft darf sich nicht auf bäuerliche Familienbetriebe beschränken, wie uns einige westliche Agrarpolitiker beibringen wollen. Das würde bedeuten, die Lasten einer über Jahrzehnte verfehlten Landwirtschaftspolitik auf dem Rücken der Menschen abzuladen."

Der Hang zur Selbstständigkeit ehemaliger LPG-Mitarbeiter ist derweil gering: in den fünf neuen Bundesländern sind bis Ende November 1990 insgesamt 2.500 Anträge für eine eigenverantwortliche Existenzweise gestellt worden; in Brandenburg sind es bislang nur 50.

Der bundesdeutsche Durchschnittsbetrieb hat eine Größe von 18,7 Hektar und wird nur durch ein ausgeklügeltes System von Agrarsubventionen ( pro Jahr rund 24,2 Milliarden Mark ) ökonomisch am Leben gehalten. Überlebens- und wettbewerbsfähig ist nach Schätzung von Agrar-Fachleuten nur eine Einheit von mindestens 75 Hektar. Der Staatssekretär im Bundeslandwirtschaftsminister Gallus setzt die Marge noch höher. Für ihn sind 100 bis 200 Hektar die ideale Betriebsgröße. Auf der Tagung der SPD-Bundestagsfraktion war man sich weitgehend einig, daß ein mittelständischer Betrieb, der Flächen von 400 Hektar bewirtschaftet, zukunfts- und konkurrenzfähig ist.

Welche Betriebsgröße sich durchsetzen und etablieren wird, hängt nicht unwesentlich vom notwendigen Kapitalbedarf zur Neuorganisation der Betriebe ab. Als Richtwert gilt : 10.000 DM Investitionsbedarf pro Hektar Land. Bei der Gründung eines kleinbäuerlichen Anwesens bundesrepublikanischer Größe benötigt man demnach 180.000 DM an Fremdmitteln; bei einer 200 -Hektar Einheit beläuft sich die Kreditaufnahme auf die stolze Summe von 2 Millionen Mark.

Die Berliner Bank kommt für den **Investitionsbedarf der Landwirtschaft in Brandenburg** zum Schluß: 'Die Ausweitung des Feldfutteranbaus und der Grünlandwirtschaft erfordert eine entsprechende Aufstockung der Ernte- und Transporttechnik. Zusätzlich muß die vorhandene Technik wegen ihrer hohen Betriebskosten möglichst rasch abgelöst werden. Der dringendste diesbezügliche Investitionsbedarf pro Betrieb wird sich auf ungefähr 0,5 Mio. DM belaufen, das heißt für die rund 1.000 **Landwirtschaftsbetriebe in der Region auf ca. 500 Mio. DM.**'<sup>18</sup>

Als Fazit läßt sich feststellen, daß kleine Betriebsgrößen im allgemeinen schlechte Startchancen haben - es sei denn, sie suchen eine Marktnische und spezialisieren sich. Zu den ökonomischen Hindernissen gesellen sich Mentalitätsprobleme. Der ehemalige DDR-Bürger ist vierzig Jahre von

<sup>18</sup> Berliner Bank, a. a. O., S. 33.

Vater Staat bevormundet und angeleitet worden und hat selbständiges Verhalten nicht gelernt. Die Neu-Bundesdeutschen trauen sich mehrheitlich noch nicht zu, neue Erfahrungen zu sammeln bzw. verfügen in den allermeisten Fällen nicht über das fachliche Wissen und know-how , das für eine einzelbäuerliche Existenzweise und ein Leben in Selbstständigkeit überlebensnotwendig ist.

## 7. Eine praktikable Lösung: Gruppenlandwirtschaften

In der Begründung des Entwurfes für das Gesetz über Gruppenbetriebe in der Landwirtschaft werden die Vorteile dieser Organisationsform so benannt:<sup>19</sup> "Agrar- und gesellschaftspolitisch bedeuten kooperative Unternehmensformen eine Chance, die bäuerliche Landwirtschaft in das industrielle Zeitalter hinein zu entwickeln. Auf diese Weise können die Fortschritte der produktionstechnischen Entwicklungen vorteilhaft und auf Grundlage eines breit gestreuten Besitzes an Boden und eigener Arbeit genutzt werden, ohne immer mehr von fremden Kapitaleignern abhängig zu werden und ohne die Nachteile der einzelbetrieblichen Wirtschaftsweise im sozialen Bereich weiterhin in Kauf nehmen zu müssen. Insbesondere bieten Gruppenbetriebe für ehemalige LPG-Mitglieder eine Chance, ihre Vermögensanteile neu zu organisieren." Und: "Gruppenbetriebe in der Landwirtschaft sind Gesellschaften, deren Gesellschafter sich im Gemeinschaftsvertrag verpflichtet haben, Grundstücke für eine bestimmte Zeit, mindestens 10 Jahre, gemeinsam für Zwecke der Landwirtschaft zu nutzen." 10 Landwirte samt Ehepartner können sich in einer solchen Betriebsform zusammenschließen und nebenbei noch 1,5 Arbeitskräfte pro Hof beschäftigen. Ein Geschäftsführer, der nicht allein entscheidungsbefugt, sondern primus inter pares ist, wird auf 5 Jahre bestellt. Die Bezahlung in der Gruppenlandwirtschaft orientiert sich am entsprechenden landwirtschaftlich-tariflich Vergütungsniveau. Ein wesentlicher Vorteil der Gruppenlandwirtschaft ist neben den erwähnten kooperativen Management-Strukturen die bewußt akzeptierte beschränkte Haftung. Die Begründung des Gesetzesentwurfes dazu: "Die wirtschaftliche Verantwortung der beteiligten Landwirte wirkt sich dahin aus, daß jeder als Gesamtschuldner für die Verbindlichkeiten des Gruppenbetriebs in Anspruch genommen werden kann. Allerdings wird der einzelne Landwirt nicht dem unmittelbaren Zugriff der Gläubiger ausgesetzt. Er kann wie ein Bürge verlangen, daß der Gläubiger zunächst die Befriedung im

Gruppenbetrieb sucht, und sich auf eine im Gesellschaftsvertrag festgesetzte Beschränkung der Haftung berufen. Die Nachschußpflicht ist in Anlehnung an das Genossenschaftsgesetz auf einen Betrag in Höhe der Anlage begrenzt, so daß der beteiligte Landwirt höchstens die zweifache Anlage verliert.....Die Beschränkung der Haftung und der Nachschußpflicht kann die Kreditfähigkeit der Gruppenbetriebe beeinträchtigen. Die Beeinträchtigung soll in Kauf genommen werden, um die Landwirte von erheblichen Risiken zu bewahren, die insbesondere in der Anfangsphase bestehen."

<sup>19</sup> Dr. Jochen Pfeiffer, Eberhard Bayreuther, Dr. Lothar Schramm; Gesetz über Gruppenbetriebe in der Landwirtschaft vom 15. 10. 1990, S. 8.

## 8. Die großen Flächen als Wettbewerbsvorteil

Die fünf neuen Bundesländer haben einen enormen, nicht zu unterschätzenden Wettbewerbsvorteil: die von Horizont zu Horizont reichenden Ländereien aus dem Erbe der landwirtschaftlichen Produktionsgenossenschaften können, von modernen Betrieben effizient und rationell bewirtschaftet, den sich abzeichnenden härter werdenden internationalen Wettbewerb (insbesondere, weil die Europäische Gemeinschaft trotz gescheiterter Verhandlungen in naher Zukunft den Gatt-Forderungen nachgeben muß) bestehen. Mittelfristig gesehen könnten sie gar auf dem Weltmarkt konkurrenzlos sein. Diese Chance hat auch Brandenburgs Ministerpräsident Manfred Stolpe erkannt; er setzt für sein Land neben der Gruppenlandwirtschaft auf private geführte Unternehmen, unter deren Regie eine zukunftsweisende und innovative Landwirtschaft betrieben werden soll.

Auch die Studie "Zur gegenwärtigen Entwicklung der Land- und Ernährungswirtschaft der DDR" kommt zum selben Schluß: "Es ist unverkennbar, daß manch landwirtschaftliches Großunternehmen mit flexiblem Betriebsleiter durchaus realistische und gute Chancen hat, am Markt der EG bestehen zu können. In diesen Betrieben liegen durchaus erhebliche Rationalisierungsreserven, die jedoch allmählich erst zum Tragen kommen."<sup>20</sup>

Westdeutsche, holländische und britische Agrarkonzerne suchen schon seit Jahresbeginn nach Investitionsmöglichkeiten auf den neuen Märkten, kämpfen teilweise mit harten Bandagen, sind aber bislang wegen der Unklarheit der Besitzverhältnisse noch nicht im gewünschten Maße zum Zuge gekommen. Ein Hamburger Optikunternehmen, das sich dem biologisch-dynamischen Landbau verschrieben hat, hält Ausschau nach zwei 4000 Hektar-Flächen. Britische Agrarkonzerne wollen sich in der Magdeburger Börde, wo fruchtbare Böden behelmatet sind, engagieren.

<sup>20</sup> Andreas Kurjo, a. a. O., S. 25.

Ein führendes Cuxhavener Eier-Unternehmen beteiligt sich bereits am "Kombinat für Industrielle Tierproduktion", das auf einen stolzen Marktanteil von über 30 % auf dem ehemaligen DDR-Gebiet verweisen kann.



## 9. Neue ökologische Produktionsstrukturen und -verfahren

Die erwähnte Studie der Berliner Bank kommt zum Schluß: 'In Berlin Brandenburg insbesondere wird ein starker Wandel der Produktionsstruktur, weg vom Getreide und Hackfruchtfeldbau, hin zu arbeitsextensivem und kostengünstigem Feldfutterabbau und Grünlandschaft erfolgen. Zu Flächenstilllegungen wird daher an vielen Stellen keine Alternative bestehen. Welches Ausmaß diese annehmen werden, wird wesentlich von der staatlichen Unterstützung während der Übergangszeit, insbesondere bei der Finanzierung der unumgänglichen technischen Neuausstattung abhängen. Zukünftiger Schwerpunkt der Landwirtschaft von Berlin Brandenburg ist eine im großen Maße betriebene Milchproduktion für den regionalen und später überregionalen Markt sowie damit zusammenhängend die Kalbs- und Rindfleischproduktion. Voraussetzung für die Entwicklung der Tierproduktion ist selbstverständlich die kostenmäßig günstige Beherrschung der Gülleproblematik. Dieser Produktionszweig, für den jetzt schon verhältnismäßig gute Bedingungen bestehen, rechnet sich am ehesten. Die vorhandenen großen Kapazitäten der Schweinehaltung dagegen werden sich wahrscheinlich auf die besonders produktiven Anlagen reduzieren. Aufgrund der Nähe des großen Marktes Berlin hat jedoch auch dieser Produktionszweig Zukunftschancen.'<sup>21</sup>

**Ohne Flächenstilllegungen wird die Landwirtschaft in Berlin Brandenburg nicht gesunden.** Durch ein entsprechendes Programm des Bundeslandwirtschaftsministeriums werden finanzielle Anreize geboten, um Teile des Landes nicht mehr zu bewirtschaften. Die Flächenstilllegungen sind höher, als von den Bonner Beamten erwartet; allein im Bezirk Frankfurt/ Oder wurden bis Ende November 1990 rund 20% der Flächen nicht mehr bewirtschaftet. Für das Berliner Umland plant das brandenburgische Landwirtschaftsministerium, einen Großteil der schlechten Böden als Gewerbegebiet auszuweisen.

<sup>21</sup> Berliner Bank, a. a. O., S. 31.

**Große Zukunftschancen** hat, gerade wegen des Ballungsraums Berlin und den dort herrschenden, geänderten Präferenzen eines Großteils der Verbraucher, der **biologisch-dynamische Landbau**, der auf jede chemische Bearbeitung der Böden freiwillig verzichtet. Da inzwischen in jedem Kaufhaus eine grüne Ecke zu finden ist und die Nachfrage nach biologisch einwandfreien Produkten spürbar immer größer wird (auch unter der ehemaligen DDR-Bevölkerung) ist die kostengünstige Bereitstellung solcher Güter ein großer und herausfordernder Zukunftsmarkt, zumal die unter diesem Markenzeichen angebotenen Waren aus Holland und Frankreich in Fachkreisen alles andere als biologisch rein gelten. **Für die biologisch-dynamische Anbauweise spricht zudem, daß diese zukunftssträchtige Wirtschaftsform in den alten Bundesländern bislang kaum großflächig und zugleich preisgünstig praktiziert wurde.**

Im biologisch-dynamischen Bereich haben auch kleine, hochspezialisierte Betriebe, die sich auf regionale Spezialprodukte konzentrieren und Direktvermarktung betreiben, eine nicht unbeachtliche Gewinn- und Wettbewerbschance. Ein solches Pionierunternehmen ist der im Großraum Frankfurt ansässige 'Hof Fischbach'. Der 70-Hektar Betrieb bringt hochwertiges Rindfleisch, gewonnen aus schottischen Hochlandrindern, die auch im Winter auf der Weide weiden können, und selbstgebackenes Bauernbrot im eigenen Laden auf den Markt.

Ein weiterer **Wachstumsmarkt** ist das großflächige Anpflanzen **nachwachsender Industriepflanzen und Rohstoffe**. Als ein Beispiel sei nur Chinaschilfgras genannt. Die anspruchslose Pflanze bezieht ihre Energie direkt aus der Sonne und kann somit auf künstlichen Dünger weitgehend verzichten. Ein weiterer Vorteil: Chinaschilfgras kann mit einfachen Methoden zu Teilen, die bislang biologisch unabbaubar, aus Kunststoffen hergestellt wurden, industriell weiterverarbeitet werden. Auch nachwachsende Rohstoffe, die für die Verpackungsindustrie besonders geeignet sind, sollen angebaut werden: Hanf, Raps und Topinambur.

## 10. Die agrarsoziale Frage

Wie an anderer Stelle schon erwähnt, wird die Umstrukturierung und Neuorganisation des Agrarsektors mit Massenarbeitslosigkeit einhergehen. Allein im Bundesland Brandenburg wird im Laufe des Jahres 1991 mit weit über 100.000 Arbeitslosen aus dem Agrarsektor gerechnet. Insbesondere die in der Landwirtschaft beschäftigten Frauen sind die primär Leidtragenden. Ihnen bleibt aufgrund fehlender Beschäftigungsalternativen nur noch der Rückzug in die traditionelle Hausfrauenrolle. Auch eine große Zahl von jungen Menschen droht Arbeitslosigkeit: Ihre Studien- und Ausbildungsgänge, die speziell auf eine Tätigkeit in einer landwirtschaftlichen Produktionsgenossenschaft zugeschnitten waren, werden mit der Umstrukturierung überflüssig.

Die Berliner Bank kommt zum Schluß: "Kurzfristig wird sich das Arbeitsangebot in der Landwirtschaft der Region auf ca. die Hälfte, mittelfristig noch deutlich stärker verringern. Dies beinhaltet die Notwendigkeit der Schaffung neuer Arbeitsplätze für ca. 100.000 größtenteils territorial gebundener Menschen. Hierzu sind gewerbliche und industrielle Aktivitäten in den weitgehend ländlichen Gebieten der Region zu entwickeln. Ansatzpunkte hierfür sind insbesondere Touristik, Einzelhandel, Handwerk, Bauwesen und die Verarbeitung landwirtschaftlicher Produkte. Die LPG werden in vielen Fällen hierfür die Kristallisationspunkte sein. Die volkseigenen Güter ( VEG ) werden wahrscheinlich in eine noch schwierigere wirtschaftliche Lage als die LPG geraten, da sie allgemein mit höheren Kosten arbeiten und ihre privilegierte Stellung verloren geht." 22

Experten befürchten gar das **Entstehen eines neuen, nicht mehr in den Arbeitsmarkt integrierbaren Landproletariats und die Entvölkerung ganzer Landstriche, wenn nicht schnell und aktiv gehandelt wird.** Dieser Trend wird schon sichtbar: Insbesondere junge Menschen verlassen die ländlichen Gebiete, um in den Städten nach Arbeit zu suchen.

22 Berliner Bank, a. a. O., S. 32.

**Dringlichste Aufgabe ist das Herstellen der Gleichzeitigkeit vom Ausscheiden aus der landwirtschaftlichen Produktionsgenossenschaft und dem Bereitstellen von neuen Arbeitsmöglichkeiten für die Betroffenen.** Arbeit gibt es genug; ganze Dörfer und Städte befinden sich in einem schlimmen und verfallenen Zustand, warten geradezu auf ihre Sanierung. Wie im gesamten ehemaligen DDR-Gebiet ist der Dienstleistungsbereich in Brandenburg noch vollkommen unterentwickelt und somit ausbaufähig. Ohne ausreichendes privatwirtschaftliches Engagement sind die Beschäftigungsprobleme nicht zu lösen. Die privaten Unternehmer verhalten sich in Punkte Investition noch zurückhaltend. Ein Grund dafür liegt in der Verordnung über die "Förderung von Grund und Boden durch kleine und mittlere Unternehmen". In dieser Verordnung hat der Gesetzgeber festgelegt, daß die Kommunen Grundstücke zum Preis vom 30. Juni 1990 verkaufen können; später aber die Möglichkeit haben, die Differenz zum sich einpendelnden Marktpreis nachzufordern.

Da sich die Landesverwaltungen im Aufbau befinden, und zunächst mit der Implementierung und Evaluierung der eigenen Ressortpolitiken beschäftigt sind, bedarf es der schnellen Etablierung von neuen, unkonventionellen Organisationsformen wie Beschäftigungsgesellschaften, mit öffentlichen Mitteln geförderte Selbsthilfelinisiativen oder neue, kommunale Träger.

Als weitere, ergänzende arbeitsmarktpolitische Instrumente bieten sich auch Vorruhestands- und Umschulungsprogramme an.

## 11. Information und Beratung als Sofortmaßnahme

Neben Arbeit und Kapital ist Information die dritte Produktivkraft in modernen und entwickelten Industriegesellschaften. In den ehemals sozialistischen Systemen des Ostens war Information verpönt, galt gar als systemfeindliches Element. So wissen viele ehemalige DDR-Bürger auch heute noch nicht, wie und auf welchen Wegen sie sich Informationen beschaffen können.

**Information und Beratung ist die Ressource, die in den neuen Bundesländern neben finanzieller Hilfe am dringendsten gebraucht wird.** Ein Teilnehmer der Tagung "Landwirtschaftspolitik in Brandenburg" formulierte es drastisch: "Was wir als quasi Erste Hilfe brauchen, ist Wissen, wie soziale Marktwirtschaft überhaupt funktioniert. In dieser Frage sind wir wie Erstklässler. Was steht im Bürgerlichen Gesetzbuch? Wie muß eine eingetragene Genossenschaft aussehen?"

**Information und Beratung als aktive Soforthilfe ist Gebot der Stunde.** Oftmals aus Unsicherheit und Angst, die aus Unwissenheit resultieren, verweigern viele landwirtschaftliche Genossenschaften die notwendige Modernisierung und Rationalisierung. Im Verlauf dieses Prozesses muß beratend beigegeben werden, müssen gangbare Betriebskonzepte entwickelt werden. Die Liste der Fragen, in denen Beratungsbedarf besteht, ist unendlich lang.

- a) In betriebs- und volkswirtschaftlichen Fragen: Wie funktioniert Marktwirtschaft? Was ist volkswirtschaftliche Gesamtrechnung? Wie setzt sich das Bruttosozialprodukt zusammen? Was ist die DM-Eröffnungsbilanz? Wie sieht der regionale Markt aus? Gibt es Marktlücken? Welche Rechtsformen müssen die Betriebe haben? Wie sieht modernes Management aus? Welche technische Ausstattung braucht ein moderner Betrieb?
- b) In produktionstechnischen Fragen: Wie sieht zukunftssträchtiger Landbau aus? Wo liegen Marktchancen und Segmente? Welche nachwachsende Rohstoffe sind besonders zukunftssträchtig?

- c) In verhaltenspsychologischen Fragen: Wie verhalte ich mich als Unternehmer? Wie werbe und offeriere ich für meine Produkte?
- d) In förderungspolitischen Fragen: Wo kann ich wie und was beantragen? Welche Mittel genehmigt die Europäische Gemeinschaft?
- e) In sozialen Fragen: welche Umschulungs- und Vorruhestandsregelungen gibt es? Wie organisiere ich eine Beschäftigungsgesellschaft? Ist die Gründung einer Selbsthilfeinitiative eine Möglichkeit?

**Die Bereitstellung von Information und Beratung kann keine originär staatliche Aufgabe sein.** Ganz im Sinne des Subsidiaritätsprinzip muß diese Aufgabenstellung auf freie Träger, private Unternehmer und insbesondere auch auf die Stiftungen der politischen Erwachsenenbildung übertragen werden.

Besonders in der Erwachsenenbildung besteht enormer Handlungsbedarf. Über zwei Drittel der Beschäftigten aus dem Agrarsektor werden im Jahr 1991 arbeitslos sein. Arbeitslose Frauen über 40 und Männer über 50 Jahre werden vom Arbeitsamt in den neuen Bundesländern nicht mehr zur Umschulung weitervermittelt. Es ist Aufgabe der Stiftungen der politischen Erwachsenenbildung, diesen Menschen in speziellen Seminaren und Kursen Perspektiven und Möglichkeiten aufzuzeigen.

**Literatur**

Berliner Bank, Unternehmer-Report Nr. 2: Die Situation der Landwirtschaft in der Region Berlin-Brandenburg, Berlin Juni 1990

Bundesminister für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten: Politik für die Landwirtschaft in der DDR, Bonn August 1990

Forschungsstelle für gesamtdeutsche wirtschaftliche und soziale Fragen: Dr. Andreas Kurjo : Zur gegenwärtigen Entwicklung der Land- und Ernährungswirtschaft der DDR, Berlin September 1990

SPD-Fraktion im Deutschen Bundestag, Tonbandprotokoll der Agrarpolitischen Konferenz am 5. Oktober 1990 in Klein-Wanzleben

SPD-Fraktion im Deutschen Bundestag: Die Landwirtschaft in der DDR, Bonn März 1990

SPD-Fraktion im Deutschen Bundestag: Agrarpolitische Mitteilungen, Bonn Oktober 1990

**Referenten der Tagung "Zur Zukunft der Landwirtschaftspolitik in Brandenburg"**

Leitung: Dr. Martin Wille, leitender Ministerialrat beim Minister für Umwelt, Raumordnung und Landwirtschaft, Düsseldorf

Dr. Monika Baumgarten, Arbeitsgemeinschaft bäuerliche Landwirtschaft, Hannover

Prof. Dr. Peter Kauffold, ehemals Mitglied der Volkskammer und Parlamentarischer Staatssekretär a. D., Rostock

Manfred Sickmann, Mitglied des Landtages von Schleswig-Holstein und agrarpolitischer Sprecher der SPD-Landtags-fraktion, Kiel

Bereits erschienen

Wirtschaftspolitische Diskurse Nr. 1  
**Ökologische Modernisierung der Energieversorgung der DDR**

Wirtschaftspolitische Diskurse Nr. 2  
**Das neue Steuersystem für die DDR**  
(vergriffen)

Wirtschaftspolitische Diskurse Nr. 3  
**Modernisierung der Wirtschaft in der DDR**  
**Am Beispiel des alten Industrieraumes Chemnitz**

Wirtschaftspolitische Diskurse Nr. 4  
**Mecklenburg-Vorpommern**  
**Wege in eine bessere wirtschaftliche Zukunft**

Wirtschaftspolitische Diskurse Nr. 5  
**Strukturwandel und Beschäftigungskrise in den neuen Bundesländern**

Wirtschaftspolitische Diskurse Nr. 6  
**Kommunale Finanzen und kommunale Wirtschaftsförderung**  
**Grundlagen kommunaler Selbstverwaltung in den neuen Bundesländern**

Wirtschaftspolitische Diskurse Nr. 7  
**Die Sanierung der Elbe als Aufgabe deutscher und europäischer Umweltpolitik**

Wirtschaftspolitische Diskurse Nr. 8  
**Wohnungsnot – Eine unendliche Geschichte?**

Wirtschaftspolitische Diskurse Nr. 9  
**Modernisierung der Telekommunikation in den neuen Bundesländern**

Wirtschaftspolitische Diskurse Nr. 10  
**"Zur Zukunft der Landwirtschaft in Brandenburg"**